

Kurzbericht

Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(34. - öffentliche - Sitzung am 29. Oktober 2025)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zum Sechsten Medienänderungsstaatsvertrag**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7122](#)

Der Unterausschuss schließt die vorbereitende Beratung ab und votiert gegenüber dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen dafür, dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

2. **Entwurf eines Gesetzes zum Siebten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge - Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Reformstaatsvertrag)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7123](#)

dazu: Eingaben 01416/11/19, 01445/11/19

Der Unterausschuss schließt die vorbereitende Beratung ab und votiert gegenüber dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen dafür, dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Ferner votiert er gegenüber dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen dafür, dem Landtag zu den in die Beratung einbezogenen Eingaben 01416/01/19 und 01445/01/19 den folgenden Beschluss zu empfehlen:

Die Eingabe wird für erledigt erklärt. Der Einsender der Eingabe ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. **Entwurf eines Gesetzes zum Achten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge - Reform des Verfahrens zur Festsetzung des Rundfunkbeitrages**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7635](#)

Der Unterausschuss schließt die vorbereitende Beratung ab und votiert gegenüber dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen dafür, dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

4. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**
Unterrichtung - [Drs. 19/8151](#)

Der Unterausschuss nimmt die Vorstellung der seine Zuständigkeit betreffenden Titel des Einzelplans 02 - Staatskanzlei - unter Einbeziehung der MiPla 2025 bis 2029 durch eine Vertreterin der Staatskanzlei entgegen und führt die Mitberatung durch.

5. **Terminangelegenheiten**

Der Unterausschuss bespricht Terminangelegenheiten.